

Einwanderungsrecht

v. Harbou / Weizsäcker

2. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74906-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

v. Harbou/Weizsäcker
Einwanderungsrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Einwanderungsrecht

Das Recht der
Arbeits- und Bildungsmigration

Herausgegeben von

Dr. Frederik v. Harbou
Rechtsanwalt, Berlin

und

Dr. Esther Weizsäcker
Rechtsanwältin, Berlin

beck-shop.de
2. Auflage 2020
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
v. Harbou/Weizsäcker EinwanderungsR

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74906 3

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

- Dr. Stamatia Devetzi Professorin für Sozialrecht, Hochschule Fulda
- Dr. Bjarney Friðriksdóttir Researcher, Radboud University, Nijmegen
- Dr. Thomas Groß Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung, Universität Osnabrück
- Dr. Elspeth Guild Professorin an der Queen Mary University of London und an der Radboud University, Nijmegen
- Dr. Frederik von Harbou Rechtsanwalt, Berlin
- Sven Hasse Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
- Dr. Holger Hoffmann Professor a.D. für Staats- und Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre an der Fachhochschule Bielefeld
- Kathleen Neundorf Regierungsräatin, Mitwirkende an der Forschungsstelle Migrationsrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Katja Ponert Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht, Berlin
- Dr. Hannah Tewochn Rechtsanwältin, Mitwirkende an der Forschungsstelle Migrationsrecht an der Universität Halle-Wittenberg
- Marius Tollenaere Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
- Dr. Anne Walter Professorin für Migrations- und Sozialrecht, Hochschule Fulda
- Dr. Esther Weizsäcker Rechtsanwältin, Berlin
- Ünal Zeran Rechtsanwalt, Hamburg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Seit Erscheinen der ersten Auflage dieses Buchs im April 2018 hat sich im (deutschen) Recht der Bildungs- und Arbeitsmigration vieles geändert – vor allem durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das als Teil des „Migrationspakets“ 2019 verabschiedet wurde und am 1.3.2020 in Kraft getreten ist. Auch wenn dieses Gesetz erstmals im deutschen Migrationsrecht den symbolträchtigen Begriff der Einwanderung im Namen führt und auch substantiell wichtige Erleichterungen für Fachkräfte aus Drittstaaten gebracht hat, besteht weiterhin erheblicher Diskussions- und Verbesserungsbedarf, gerade im Hinblick auf die Normen für Personen, die nicht unter den Begriff der Fachkraft fallen. Mit dieser zweiten Auflage wollen wir daher nicht nur einen Überblick über die aktuelle Rechtslage geben, sondern auch zu dem weiterhin drängenden Diskurs um eine umfassende, faire und transparente Regelung der Einwanderung nach Deutschland beitragen. Die positiven Rückmeldungen zur ersten Auflage haben uns darin bestärkt, dass die Form eines gedruckten Buchs nicht überholt ist, sondern der Orientierung in diesem komplexen Bereich dienen kann. Doch auch kritische Hinweise in den Rezensionen zur ersten Auflage haben sich für die Überarbeitung als sehr hilfreich erwiesen.

Unser herzlicher Dank gilt zunächst den Autorinnen und Autoren, die trotz hoher Arbeitsbelastung in ihren wissenschaftlichen und anwaltlichen Tätigkeiten die Kapitel für dieses Buch in kurzer Zeit überarbeitet oder neu verfasst haben. Die Zusammenarbeit mit diesem Kreis ausgewiesener Expertinnen und Experten ist für uns als Herausgeberin und Herausgeber ein großer Gewinn. Außerdem herzlich bedanken möchten wir uns beim zuständigen Lektor im C.H. Beck Verlag, Herrn Dr. Ulrich Eisenried, für seinen Einsatz für die zweite Auflage dieses Buchs und die sehr sorgfältige Betreuung, bei den studentischen Mitarbeiterinnen Hannah Bördgen und Lina Herrmann für ihre wertvolle Hilfe beim Redigieren, bei unseren Kolleginnen und Kollegen für ihre Unterstützung und bei unseren Familien für ihre Geduld.

Wir wünschen den Lesserinnen und Lesern dieses Buchs eine ertragreiche Lektüre. Hinweise auf Fehler und Verbesserungsvorschläge sind sehr willkommen!

Berlin, im Februar 2020

Frederik von Harbou und Esther Weizsäcker

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI

A. Einleitung

(von Harbou/Weizsäcker)

I. Zum Begriff „Einwanderungsrecht“	2
II. Zur Debatte um ein Einwanderungsgesetz	4
III. Zum Aufbau des Buchs	7

B. Migration zum Zweck der Erwerbstätigkeit

(Ponert/Tollen'aere)

I. Vorbemerkung	11
II. Grundlagen des Arbeitsmigrationsrechts	13
1. Begriff der Erwerbstätigkeit	14
2. Berechtigung zu Aufenthalt und Erwerbstätigkeit	14
III. Aufenthaltsstitel für eine Beschäftigung	16
1. Grundsätze der Zulassung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten	16
a) Fachkräfte und qualifizierte Beschäftigung	16
b) Konkretes Arbeitsplatzangebot	18
c) Zustimmung der Arbeitsagentur	18
d) Versagungsgründe seitens der Bundesagentur	21
e) Berufsausübungserlaubnis und Gleichwertigkeit des Abschlusses	24
f) Mindestgehaltsgrenze	24
g) Erteilung und Erteilungsdauer	25
2. Aufenthaltsausweise für Fachkräfte mit Berufsausbildung	25
3. Aufenthaltsausweise für Fachkräfte mit Hochschulabschluss	26
4. Blaue Karte EU	28
a) Allgemeine Voraussetzungen	29
b) Mindestgehalt und Zustimmungsfreiheit	30
c) Privilegierungen bei Mangelberufen	30
d) Mobilität innerhalb der EU	31
e) Spezialistentitel als Alternative	31
5. Entsendungen in internationalen Unternehmen	31
a) ICT-Karte	32
b) Kurzfristige Mobilität unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer	33
c) Mobiler-ICT-Karte	33
d) Internationaler Personalaustausch	34
6. Sonstige Personengruppen	34
a) Privilegierter Arbeitsmarktzugang für bestimmte Staatsangehörige („Best-Friends“-Regelung)	34
b) „Westbalkan-Regelung“	35
c) Beschäftigung mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen	36

Inhaltsverzeichnis

d) Wissenschaftler	37
e) Weitere Berufs- und Personengruppen	37
IV. Aufenthaltserlaubnis für eine selbständige Tätigkeit	37
1. Unternehmerinnen und Unternehmer	38
a) Reguläre Aufenthaltserlaubnis für Unternehmerinnen und Unternehmer	38
b) Sonderregelungen für Absolventen inländischer Hochschulen, Forscher und Wissenschaftler	41
c) Niederlassungserlaubnis oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	42
2. Freiberufliche Tätigkeit	43
3. Selbständige Tätigkeit bei Aufenthaltstiteln zu sonstigen Zwecken	44
V. Weitere Aufenthaltszwecke im Bereich der Arbeitsmigration	44
1. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	44
2. Absolvierung von Praktika außerhalb des Studiums	45
3. EU-Daueraufenthaltsberechtigte	46
VI. Fazit und Ausblick	46
 C. Migration zum Zweck des Studiums und der Berufsausbildung (Weizsäcker)	
I. Vorbemerkung	49
II. Aufenthalt zum Zweck des Studiums	51
1. Regelungen und Zuständigkeiten	51
2. Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums	53
a) Aufenthaltszweck – was fällt unter „Studium“?	53
b) Zulassung zum Studium	54
c) Sprachkenntnisse	56
d) Sicherung des Lebensunterhalts	56
e) Keine Ablehnungsgründe nach § 19f AufenthG	57
f) Sonderregelungen für in anderen EU-Staaten bereits zugelassene Studierende	57
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während des Studiums	58
4. Zweckwechselverbot	58
5. Aufenthaltsstatus nach erfolgreichem Abschluss des Studiums	59
a) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	59
b) Arbeitsmarktzugang für Absolventen inländischer Hochschulen	59
III. Aufenthalt zum Zweck einer Berufsausbildung	60
1. Regelungen und Zuständigkeiten	60
2. Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Berufsausbildung	61
a) Aufenthaltszweck – was ist eine (qualifizierte) Berufsausbildung iSD AufenthG?	61
b) Nachweis des Aufenthaltszwecks und zusätzliche Anforderungen	63
c) Sicherung des Lebensunterhalts	63
d) Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit	64
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während der Berufsausbildung	65
4. Zweckwechselverbot	65
5. Aufenthaltsstatus nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung	65

Inhaltsverzeichnis

a) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitssuche	65
b) Arbeitsmarktzugang für Absolventen inländischer Ausbildungen	66
IV. Erwerbstätigkeit während des Studiums oder der Berufsausbildung	66
1. Beschäftigung während des Studiums	66
2. Nebenbeschäftigung während einer Berufsausbildung	68
3. Selbständige Erwerbstätigkeit während Studium oder Ausbildung	68
4. Erwerbstätigkeit während der Arbeitssuche nach Abschluss des Studiums oder der Ausbildung	69
V. Fazit und Ausblick	69
 D. Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse (Neundorf)	
I. Vorbemerkung	73
II. Grundlagen der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	76
1. Rechtsgrundlagen der Anerkennungsverfahren	77
a) EU-Berufsanerkennungsrichtlinie (RL 2005/36/EG)	78
b) Das Anerkennungsgesetz des Bundes	80
c) Anerkennungsgesetze der Länder	82
2. Für die Anerkennung zuständige Stellen	82
3. Das Anerkennungsverfahren	85
a) Verfahrensvorgaben	86
b) Prüfung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation	89
c) Besonderheiten der Gleichwertigkeitsprüfung bei reglementierten Berufen	90
d) Sonstige Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit bei fehlenden Nachweisen	91
4. Der Erwerb inländischer Abschlüsse als Alternative zur Durchführung von Anerkennungsverfahren	92
III. Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse	94
1. Hochschulabschlüsse	94
2. Allgemeinbildende Schulabschlüsse	95
IV. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation (§ 16d AufenthG)	96
1. Anwendungsbereich	97
2. Aufenthaltserlaubnis für die Durchführung einer Qualifizierungsmaßnahme und anschließender Prüfung gem. § 16d Abs. 1 AufenthG ..	97
3. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Anerkennung der Berufsqualifikation bei gleichzeitiger qualifizierter Beschäftigung gem. § 16d Abs. 3 AufenthG	100
4. Aufenthaltserlaubnis für Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen von Vermittlungsabsprachen gem. § 16d Abs. 4 AufenthG	101
V. Fazit und Ausblick	102
 E. Die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem (von Harbou)	
I. Vorbemerkung	107
II. Rechtsstellung nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens	109
III. Rechtsstellung während des Asylverfahrens oder nach dessen erfolglosem Abschluss	111
1. Integrationskurs, Berufssprachkurs und „Arbeitsgelegenheiten“	113

Inhaltsverzeichnis

2. Kita, Schule und Studium	116
3. Hospitation, Praktikum und Freiwilligendienst	117
4. Betriebliche Ausbildung	118
5. Abhängige Beschäftigung	120
a) Staffelung nach Aufenthaltsdauer	121
b) Erleichterungen für den Arbeitsmarktzugang	122
c) Erwerbstätigkeitsverbot	122
6. Selbständige Erwerbstätigkeit	123
7. „Spurwechsel“ durch Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung	124
a) Ausbildungsduldung	124
b) Beschäftigungsduldung	126
IV. Fazit und Ausblick	126
 F. Freizügigkeitsrechte von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen (Hasse)	
I. Vorbemerkung	131
II. Unionsbürgerschaft	132
III. Freizügigkeitsrechte	134
1. Allgemeine Freizügigkeit Nichterwerbstätiger	136
2. Arbeitnehmerfreizügigkeit	137
a) Arbeitnehmerbegriff	137
b) Arbeitssuche	138
3. Niederlassungsfreiheit	139
4. Dienstleistungsfreiheit	140
a) Dienstleistungserbringung	140
b) Dienstleistungsempfang	141
5. Verbleibeberechtigte	141
a) Tätigkeit von mehr als einem Jahr	142
b) Unfreiwillige Arbeitslosigkeit	143
c) Bestätigung durch die Bundesagentur für Arbeit	144
6. Daueraufenthalt	144
a) Ständiger rechtmäßiger Aufenthalt	145
b) Erlöschen des Daueraufenthaltsrechts	146
c) Verfahrensfragen	146
7. Abgeleitetes Freizügigkeitsrecht	146
a) Begriff der Familienangehörigen	147
b) Unterhaltsgewährung	148
c) Familiennachzug zu Unionsbürgerkindern und Kindern früherer Arbeitnehmer	149
d) Bleiberecht des Ehegatten nach Scheidung	151
IV. Beendigung des Freizügigkeitsrechts	152
1. Feststellung des Nichtbestehens eines Freizügigkeitsrechts	152
2. Verlustfeststellung nach § 6 FreizügG/EU („Ausweisung“)	153
3. Verlustfeststellung nach § 2 Abs. 7 FreizügG/EU (Missbrauchsfälle)	154
V. Sozialleistungsrechtliche Besonderheiten bei Unionsbürgern	155
1. Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten	156
2. Leistungsausschluss bei Arbeitssuche	156
3. Leistungsausschluss bei fehlendem Aufenthaltsrecht	157
4. Leistungsausschluss bei Aufenthaltsrecht nach Art. 10 Freizügigkeits-VO	157
5. Kein Leistungsausschluss nach fünfjährigem Aufenthalt	158
6. Leistungsausschlüsse im SGB XII	159

Inhaltsverzeichnis

7. Verfassungsrechtliche Bedenken	160
8. Leistungsansprüche nach Fürsorgeabkommen	162
VI. Fazit und Ausblick	164
 G. Aufenthaltsrechte aus dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei (Zeran)	
I. Vorbemerkung	167
II. Verhältnis zu anderen Rechtsnormen	168
III. Rechte türkischer Arbeitnehmer nach Art. 6 ARB 1/80	169
1. Voraussetzungen des Rechts aus Art. 6 ARB 1/80	169
2. Zeitliche Abstufung	170
3. Unterbrechung der Beschäftigung	173
4. Verlust des Rechts aus Art. 6 ARB 1/80	173
IV. Rechte der Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	174
1. Voraussetzungen des Rechts aus Art. 7 S. 1 ARB 1/80	174
2. Akzessorischer Aufenthalt	175
3. Aufenthalt der Kinder türkischer Arbeitnehmer im Anschluss an eine Berufsausbildung	176
4. Daueraufenthaltsrecht	176
5. Verlust der Rechtstellung	177
V. Standstillklauseln im Assoziationsrecht	177
VI. Fazit und Ausblick	182
 H. Zugang zu Sozialleistungen und Sicherung des Lebensunterhalts (Devetzi/Walter)	
I. Vorbemerkung	185
II. Drittstaatsangehörige	185
1. Erwerbstätigkeit	187
a) Sicherung des Lebensunterhalts	187
b) Leistungen bei Arbeitslosigkeit	194
c) Leistungen im Alter, bei Invalidität und für Hinterbliebene	195
d) Familienleistungen	196
2. Studium und Ausbildung	197
a) Lebensunterhaltssicherung	197
b) Leistungen zur Förderung des Studiums und der Ausbildung	199
c) Familienleistungen	201
III. Unionsbürger	201
1. Grundsätze	201
a) Zugang zu Sozialleistungen für „versicherte Personen“: Freizügigkeit und soziale Sicherheit	201
b) Zugang zu Sozialleistungen für Arbeitnehmer: Freizügigkeit und „soziale Vergünstigungen“	204
c) Nichterwerbstätige Unionsbürger	205
d) Zugang zu Sozialleistungen nach deutschem Recht	205
2. Erwerbstätigkeit	205
a) Sozialversicherung	205
b) Leistungen zur Förderung des Studiums und der Ausbildung	207
c) Familienleistungen	207
d) Leistungen der Grundsicherung	209

Inhaltsverzeichnis

3. Studium und Ausbildung	210
4. Nichterwerbstätige	210
IV. Fazit und Ausblick	211
I. Verfestigung des Aufenthalts und Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (Hoffmann)	
I. Vorbemerkung	215
II. Erwerb einer Niederlassungs- oder EU-Daueraufenthaltserlaubnis	216
1. Grundtatbestände der Aufenthaltsverfestigung	217
a) Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	217
b) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a AufenthG)	220
2. Privilegierungen für bestimmte Erwerbstätige	225
a) Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte (§ 18c Abs. 1 S. 1 AufenthG)	225
b) Niederlassungserlaubnis für Absolventen einer inländischen Ausbildung oder eines Studiums (§ 18c Abs. 1 S. 2 AufenthG)	225
c) Niederlassungserlaubnis für Inhaber einer Blauen Karte EU (§ 18c Abs. 2 AufenthG)	225
d) Niederlassungserlaubnis für hoch qualifizierte Fachkräfte mit akademischer Ausbildung (§ 18c Abs. 3 AufenthG).	226
e) Niederlassungserlaubnis für Selbstständige (§ 21 Abs. 4 S. 2 AufenthG)	226
3. Weitere Sondertatbestände der Niederlassungserlaubnis	227
a) Niederlassungserlaubnis für Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge und Resettlement-Flüchtlinge (§ 26 Abs. 3 AufenthG)	227
b) Niederlassungserlaubnis für Inhaber anderer humanitärer Aufenthaltstitel (§ 26 Abs. 4 AufenthG)	228
c) Niederlassungserlaubnis aufgrund familiärer Lebensgemeinschaft (§ 28 Abs. 2 AufenthG)	229
d) Niederlassungserlaubnis nach Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (§ 31 Abs. 3 AufenthG)	230
e) Niederlassungserlaubnis für minderjährige Ausländer (§ 35 Abs. 1 AufenthG)	231
f) Niederlassungserlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	232
4. Verlust des Aufenthaltsrechts	232
III. Verfestigung des prekären zum erlaubten Aufenthalt	233
1. Aufenthaltsmerkblatt für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung (§ 19d AufenthG)	234
2. Aufenthaltsgewährung für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG)	236
3. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	239
4. Weitere Möglichkeiten des Übergangs vom prekären zum erlaubten Aufenthalt	240
a) Aufenthaltsgewährung wegen inlandsbezogener Abschiebungshindernisse (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	240
b) Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)	242
IV. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit	243
1. Anspruchseinbürgerung	244
2. Ermessenseinbürgerung	245

Inhaltsverzeichnis

3. Sonderproblem der doppelten Staatsbürgerschaft	247
a) Beibehaltung der Staatsbürgerschaft bei der Einbürgerung	247
b) Doppelte Staatsbürgerschaft kraft Geburt in Deutschland	248
V. Fazit und Ausblick	249
 J. Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen <i>(Tewocht/Walter)</i>	
I. Vorbemerkung	253
II. Grundsätze des Familiennachzugs zu Drittstaatsangehörigen	256
1. Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen	257
a) Sicherung des Lebensunterhalts	257
b) Einhaltung der Visumsvorschriften	258
2. Die familiäre Lebensgemeinschaft	264
3. Versagungstatbestand: Zweckehe/-adoption, Zwangsehe	267
4. Versagungstatbestand: Unterhaltsgefährdung	269
5. Versagungstatbestand: Nachzug zu Gefährdern	270
6. Grundsätze von Akzessorietät und Zweckbindung	271
7. Der Aufenthaltstitel des Stammberechtigten	272
8. Wohnraumerfordernis	273
9. Der geschützte Personenkreis: Kernfamilie	274
a) Ehegattennachzug	274
b) Kindernachzug	278
c) Sonstige Familienangehörige	280
III. Besonderheiten beim Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	280
IV. Besonderheiten beim Aufenthalt zum Zweck des Studiums oder der Berufsausbildung	284
V. Besonderheiten beim Familiennachzug zu Geflüchteten	285
1. Erleichterungen beim Nachzug zu Konventionsflüchtlingen	286
2. Anspruch auf Elternnachzug zu minderjährigen Flüchtlingen	286
3. Beschränkungen beim Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten	287
VI. Fazit und Ausblick	288
 K. Zuständigkeiten, Verfahren, Rechtsschutz <i>(Tollenaere)</i>	
I. Vorbemerkung	293
II. Zuständigkeitsverteilung im föderalen System	294
1. Rechtssetzungsbefugnisse	294
2. Verwaltungsvollzug	297
3. Etablierung sog. „Welcome-Center“ in den Kommunen	299
III. Verwaltungsverfahren	300
1. Grundsätze des Verfahrens zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu Zwecken der Erwerbstätigkeit	301
2. Visumverfahren	303
a) Visumpflicht	303
b) Grundsätze des Visumverfahrens	303
c) Behördenbeteiligung im Rahmen sicherheitsrechtlicher Aspekte	306
d) Besonderheiten des Verfahrens für Visa zu Studienzwecken	306
e) Visapolitik und Vergabepraxis	307
3. Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit	308
a) Grundsätze	308

Inhaltsverzeichnis

b) Prüfungsinhalte	308
c) Verfahrensablauf im Beteiligungsverfahren	309
d) Vorabzustimmungsverfahren	309
e) Beschäftigungsrechtliche Privilegierungen	311
4. Zustimmung der Ausländerbehörde im Visumverfahren	311
a) Grundsätze	311
b) Vorabzustimmungsverfahren	312
c) Beschleunigtes Fachkräfteverfahren	313
5. Ausländerbehördliche Verlängerungsverfahren	315
6. Weitere Erleichterungen auf europarechtlicher Grundlage	315
IV. Rechtsschutz	316
1. Rechtsschutz gegen die Visumsversagung	316
2. Rechtsschutz gegen ausländerbehördliche Entscheidungen	318
V. Fazit und Ausblick	319

L. Der Europarechtliche Rahmen (*Gild/Friðriksdóttir*)

I. Vorbemerkung	323
II. Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	324
1. Unionsbürger	324
2. Familienmitglieder von Unionsbürgern	326
III. Arbeits- und Bildungsmigration Drittstaatsangehöriger	328
1. Hochqualifizierte	328
2. Allgemeiner Rahmen für eine kombinierte Erlaubnis für drittstaatsangehörige Arbeitnehmer	331
3. Forscher, Studierende, Praktikanten, Freiwillige, Schüler und Au Pairs	333
4. Unternehmensinterne Transfers	336
5. Saisonarbeiter	338
6. Familienmitglieder von EU-ansässigen Drittstaatsangehörigen	340
7. Langfristig Aufenthaltsberechtigte	342
IV. Fazit und Ausblick	343

M. Perspektiven für ein Einwanderungsgesetz (*Groß*)

I. Vorbemerkung	347
II. Einwanderungsgesetze im internationalen Vergleich	349
III. Grundlegende Steuerungsfaktoren	351
1. Angebots- und nachfrageorientierte Einwanderungspolitik	352
2. Punktesysteme und Kontingente	353
3. Befristeter und unbefristeter Aufenthalt	355
IV. Rechtspolitische Optionen	356
1. Elemente eines Einwanderungsgesetzes	356
2. Flankierende Maßnahmen	359
V. Fazit und Ausblick	361

Sachverzeichnis	365
------------------------------	------------